



Die Freiheit vor Augen
FC-Bayern-Ikone Uli Hoeneß könnte schon Freitag aus der Haft entlassen werden. **Globus**

Heute



6° 2°

Der Tag wird trüb mit teils anhaltenden Regenfällen. Morgen zeigt sich oft die Sonne. Einige Regentropfen sind jedoch möglich.

Morgen



7° 1°

Im Auge der Kritiker
Kates Kleider zu teuer, William zu faul: Royals in England in der Kritik. **Leute**



ESSEN

Heute im Lokalteil



Stadt erwägt höhere Grundsteuer

Als Ersatz für womöglich entfallende RWE-Dividende – und falls das Tarifplus im öffentlichen Dienst deutlich oberhalb des eingeplanten einen Prozents landet.

Randale am Roulette: OB-Kandidatin im Visier

Polizei ermittelt gegen ein Mitglied der Tierschutzpartei, das sich ins Rennen um den Oberbürgermeister-Posten begab, wegen gefährlicher Körperverletzung.

IM BLICKPUNKT

Experten prognostizieren starken Ölpreis-Anstieg

Houston. Die derzeit sehr niedrigen Ölpreise könnten in den nächsten fünf Jahren nach Einschätzung von Experten wieder drastisch ansteigen. Grund sei der beispiellose Verzicht auf Investitionen in die Fördertechnik, den der Preisrutsch zuletzt ausgelöst hatte. Die entsprechenden Ausgaben der Branche seien im Jahr 2015 um 24 Prozent gefallen. *dpa*

Feuerpause in Syrien ab Samstag geplant

Beirut. Die Konfliktparteien in Syrien haben sich nach Angaben der Opposition auf einen vorläufigen Waffenstillstand geeinigt, teilte der Fernsehsender „Orient TV“ gestern mit. Die Feuerpause soll ab Samstag gelten. Verhandelt wurde ein Plan der USA und Russlands. Der Entwurf schließt die radikalislamische IS-Miliz und den Al-Kaida-Ableger Nusra Front aus. *rtr*

TAGESSPRUCH

„Wer die Enge seiner Heimat begreifen will, der reise. Wer die Enge seiner Zeit ermessen will, studiere Geschichte.“

Kurt Tucholsky, (1890 bis 1935), dt. Journalist und Schriftsteller

LESERSERVICE

0800 6060720 (kostenlose Servicenummer)



4 194605 801707 2 0008

Bunt wie ein Regenbogen

Von einem friedlichen Miteinander, von Toleranz und Gemeinschaft handeln die Lieder, die der Mülheimer Musiker Rudolf „Suppi“ Huhn in diesen Tagen mit Tausenden von Kindern aus der Region probt und aufnimmt. Auch Flüchtlingskinder machen bei dem CD-Projekt mit. Für sie sind die Texte aus „Wir öffnen unser Herz“ und „Viele tausend Sprachen“ ganz besonders passend.

Bericht **Kinderseite**
FOTO: MATTHIAS GRABEN



Flughäfen fürchten um die Zukunft

Weeze und Dortmund fühlen sich von der Landesregierung massiv benachteiligt

Von Matthias Korfmann, Andreas Gebbink und Holger Dumke

An Rhein und Ruhr. Die Chefs der Flughäfen Niederrhein/Weeze und Dortmund fürchten um die weitere Entwicklung ihrer Airports. Sie lehnen es kategorisch ab, dass die Landesregierung sie und den Flughafen Paderborn im künftigen Landesentwicklungsplan (LEP) nur als „regional bedeutsam“ und nicht als „landesbedeutsam“ einstufen möchte, obwohl sie bei der Entwicklung der Passagierzahlen recht gut abschneiden.

„Ein Teil der Flughäfen soll offenbar zurückgedrängt werden“, sorgt sich Ludger van Bebber, Geschäftsführer des Flughafens Niederrhein. Auch die Wirtschaft in der Region warnt: „Wir vergeben hier eine sehr gute Chance – auch für NRW“, meint Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und



Eine Maschine startet vom Flughafen Weeze.
FOTO: THORSTEN LINDEKAMP

Handelskammer zu Duisburg. Weeze hat sich gut entwickelt, und Dietzfelbinger sieht „weitere Potenziale für Wachstum und Beschäftigung für den Flughafenstandort Niederrhein im direkten deutsch-niederländischen Einzugsgebiet von mehr als 10 Millionen Einwohnern“. Zudem könne der Airport eine wichtige Entlastungsfunktion für den Düsseldorfer Flughafen übernehmen.

Drei NRW-Flughäfen sind im LEP-Entwurf bessergestellt: Düsseldorf, Köln/Bonn und Münst-

ter/Osnabrück. Sie werden „landesbedeutsam“ genannt, die anderen bekommen nur ein „regionales“ Etikett. Im Gesetzentwurf, der vermutlich nach der Sommerpause beschlossen werden soll, heißt es, dass die Regionalen ihre Standorte nur „im Einklang“ mit den Landesbedeutsamen sichern und entwickeln dürften. Betrachtet man die Passagierzahlen mutet die geplante „Zweitklassigkeit“ von Dortmund und Weeze in der Tat seltsam an. Die beiden zählten im Jahr 2015 jeweils fast zwei Millionen Fluggäste. Münster/Osnabrück, der aktuell als „landesbedeutsam“ vorgesehen ist, hatte aber zuletzt nur 822 000 Passagiere.

Das Land NRW gibt zu, dass die Einstufungen zum Teil wenig mit der Realität zu tun haben. Die Unterscheidung zwischen landes- und regional bedeutsam gehe auf die Luftverkehrskonzeption 2010 zurück, und in ihr seien Daten aus

dem Jahr 2000 übernommen worden. Das Konzept sei im Grunde sogar an die NRW-Luftverkehrskonzeption von 1991 angelehnt. Weeze aber nahm z. B. überhaupt erst im Jahr 2003 den Linienverkehr auf. *Bericht u. Klartext Seite 2*

KREIS KLEVE DRÄNGT AUF HOCHSTUFUNG VON WEEZE

■ **Kleves Landrat** Wolfgang Spreen (CDU) hält die lediglich regionale Einordnung von Weeze für nicht nachvollziehbar. Eine Einordnung als landesbedeutsamen Flughafen hätte „sowohl regional als auch überregional eine wichtige Signalwirkung für die weitere Entwicklung des Airports“, so Spreen. Der Kreistag bereitet aktuell eine Resolution vor, die den Flughafen unterstützen soll. *NRZ*

Land will Überstundenberg bei Polizei abbauen

An Rhein und Ruhr. Polizisten in NRW sollen künftig Überstunden auf Langzeitkonten für eine frühere Pensionierung ansammeln können. Nach Informationen der NRZ plant das Land zunächst ein Pilotprojekt in drei Landesbehörden. Gleichzeitig will Innenminister Ralf Jäger (SPD) den Polizeibeamten finanziell entgegenkommen. Derzeit können sich Polizeibeamte maximal 480 Überstunden im Jahr honorieren lassen. Künftig sollen sie nach Angaben Jägers auch Überstunden früherer Jahre geltend machen können. Die Gewerkschaften fordern, dass Langzeitkonten auch für lange Urlaube oder ein Sabbatjahr zur Pflege genutzt werden können. *goe Klartext Seite 2 / Bericht NRW*

Schließung der Grenzen würde sehr teuer

Studie: Bis zu 235 Mrd Verluste für Deutschland

Gütersloh. Die dauerhafte Rückkehr zu innereuropäischen Grenzkontrollen würde das wirtschaftliche Wachstum einer Studie zufolge europaweit erheblich drosseln. Allein für Deutschland wären bis zum Jahre 2025 summierte Wachstumsverluste zwischen 77 und 235 Milliarden Euro zu erwarten. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung. Ein Ende des Schengener Abkommens würde zu Wachstums- und Wohlstandsverlusten führen. So würde die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu massiven Kosten- und Preissteigerungen führen. Für die EU insgesamt summierten sich die Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb von zehn Jahren auf rund 470 Milliarden Euro. *dpa*

Union: Briten-Rabatt auch für Deutschland

Brüssel. Die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU machen sich dafür stark, bei EU-Ausländern den Kindergeld-Anspruch auf Heimat-Tarif zu beschränken. Auf einer „Europa“-Sitzung in Brüssel forderten Volker Kauder und seine Kollegen aus den Bundesländern und EU-Parlament die Regierung in Berlin auf, die Kürzungsoption zu nutzen, die der Briten-Deal beim jüngsten EU-Gipfel eröffnet hat. Das müsse der Bund „auch im deutschen Recht nachvollziehen“. Kanzlerin Merkel hatte dazu beim Gipfel bereits Bereitschaft bekundet. Der Bund solle auch die anderen mit den Briten vereinbarten Abstriche bei Sozialleistungen darauf überprüfen, ob sie gegebenenfalls in Deutschland anwendbar wären, sagte der Thüringer Mike Mohring, derzeit Leiter der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz. *KP*

Regierung verurteilt Übergriffe in Sachsen

Berlin/Bautzen. Die Bundesregierung hat die ausländerfeindlichen Übergriffe in Sachsen gestern als „zutiefst beschämend“ bezeichnet. Es sei kaltherzig, ankommende Flüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, grölend und pöbelnd anzufinden, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert zu den Ereignissen in Clausnitz. Dort hatte am vergangenen Donnerstag ein Mob von gut 100 grölenden Bürgern ankommende Flüchtlinge angefeindet. Seit Beginn des Jahres sind bundesweit bereits 118 Straftaten gegen Asylbewerberheime registriert worden. 112 seien rechtsextremistisch motiviert gewesen, teilte das Bundesinnenministerium gestern mit. Neben 17 Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte gab es 27 sonstige Gewaltdelikte, 43 Sachbeschädigungen und 31 Propagandadelikte. *dpa/Siehe Magazin*

Waffenhandel nimmt weltweit deutlich zu

Stockholm. Das Geschäft mit dem weltweiten Waffenhandel wächst. Der Handel mit Rüstungsgütern nahm zwischen 2011 und 2015 um 14 Prozent zu verglichen mit dem Zeitraum von 2006 bis 2010, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri gestern bekanntgab. Zuvor war der internationale Markt mit wenigen Ausnahmen etwa 20 Jahre lang geschrumpft. Die fünf weltweit größten Waffenexporteure sind die USA, Russland, China, Frankreich und Deutschland. „Während regionale Konflikte und Spannungen weiter ansteigen, bleiben die USA mit deutlichem Abstand an der Spitze der Waffenexporteure“, sagte Sipri-Expertin Aude Fleurant. An zweiter Stelle steht Russland. Deutschland hingegen exportierte trotz des globalen Booms zeitweilig weniger Waffen. *epd*

Anzeige

NRZ LESER WERBEN

100 € FÜR SIE!

Letzte Chance – bis 29.02.2016!

Mehr Infos unter **0800 / 60 60 720** (kostenfrei) oder www.nrz.de/sparschwein